

BLD / Postulat Broger-Altstätten / Dürr-Widnau / Hess-Balgach (23 Mitunterzeichnende)
vom 20. Februar 2018

Fairplay: Schluss mit der viel zu frühen Lehrstellenvergabe

Antrag der Regierung vom 19. Juni 2018

Nichteintreten.

Begründung:

Die Lehrpersonen der Volksschul-Oberstufe bereiten die Jugendlichen mit Unterstützung der kantonalen Berufs- und Laufbahnberatung umsichtig und wirksam auf die Berufswahl vor. Auf den Zeitpunkt des Abschlusses eines Lehrvertrags haben sie jedoch kaum Einfluss. Vielmehr steht es den lehrstellen anbietenden Betrieben aufgrund ihrer verfassungsrechtlich garantierten Privatautonomie frei, wann sie die Lehrverträge unterzeichnen.

Der Wirtschaft und dem Gewerbe ist eine faire Vergabe der Lehrstellen seit jeher ein wichtiges Anliegen. Einen Trend zu frühen Abschlüssen von Lehrverträgen hat die Regierung bereits in der Antwort zur Interpellation 51.15.17 «Wettstreit um die jungen Talente beginnt immer früher» bestätigt. Sie hat dabei generelle Aussagen zur Lehrstellenvergabe gemacht. Diese sind nach wie vor gültig. Das Amt für Berufsbildung genehmigt nach wie vor Lehrverträge konsequent frühestens ab November des Vorjahres und nimmt auf diese Weise steuernd Einfluss auf den Zeitpunkt der Lehrstellenvergabe, soweit dies objektiv möglich ist. Weitergehende staatliche Massnahmen würden nicht nur auf einen unverhältnismässigen Eingriff in die Vertragsfreiheit hinauslaufen, sondern auch die Regulationsdichte in der Berufsbildung unerwünscht erhöhen und die Attraktivität der dualen Berufslehre schwächen. Deshalb lehnen auch Wirtschaft und Gewerbe entsprechende staatliche Eingriffe ab. Sodann wären Vorschriften zur Lehrstellenvergabe kaum durchsetzbar bzw. die Wirksamkeit von Massnahmen mit vernünftigem Aufwand nicht überprüfbar.

Die Gründe für Lehrabbrüche sind aufgrund des Alters der Jugendlichen und der zu vermittelnden Lerninhalte vielfältig und nicht mit Arbeitsstellenabbrüchen im Erwachsenenalter zu vergleichen. Sie lassen sich nicht primär mit der Problematik der frühen Lehrstellenvergabe in Zusammenhang bringen. Staatliche Regeln zur Lehrstellenvergabe wären nicht geeignet, die Zahl der Lehrabbrüche spürbar zu senken.

Es ist ein langjähriger Erfahrungswert, dass die Problematik der frühen Lehrstellenvergabe nicht mit steuernden Massnahmen beseitigt werden kann, sondern einen suboptimalen, durch demografische und konjunkturelle Ursachen bedingten Aspekt der ansonsten ausserordentlich erfolgreichen dualen Berufsbildung darstellt. Ein Bericht der Regierung könnte keine neuen Erkenntnisse zur Thematik bringen.